

27. März 2014
1 von 1

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

Verursacherprinzip bei Kosten für Waffenkontrollen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.1233 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir fordern den Magistrat auf, auf die Landesregierung und den Landesgesetzgeber dahingehend einzuwirken, die alte Rechtslage (von vor dem 30.06.2013) bzgl. der Erhebung von Gebühren für angemeldete und unangemeldete Waffenkontrollen wieder herzustellen, damit die Kosten der Kontrollen wieder verursachungsgerecht auf die Waffenbesitzer übertragen werden können.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: CDU

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Verursacherprinzip bei Kosten für Waffenkontrollen, 101.17.1233, wird **zugestimmt**.

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Herschelmann
Schriftführerin